

Andreas Jung (Konstanz)

- (A) weit über den politischen Bereich hinaus. Ich war beeindruckt, zu erleben, dass sich hinter der Position der deutschen Bundesregierung in Bali alle deutschen Beteiligten – ich will fast sagen: von Greenpeace bis zum BDI – versammelt haben. Das hat unsere Position gestärkt.

Im Übrigen wurde unsere Position auch dadurch gestärkt, dass man uns international eine hohe Glaubwürdigkeit beim Klimaschutz zuschreibt. Glaubwürdigkeit gewinnt man nicht durch Worte, sondern durch Taten. Es war interessant, zu sehen, wie sich in Bali herumgesprochen hat, dass wir Deutschen nicht nur hohe Verpflichtungen eingegangen sind und uns dazu bereit erklärt haben, weitergehende Verpflichtungen einzugehen, sondern dass wir auch ganz konkrete Maßnahmen zur Umsetzung dieser Verpflichtungen beschlossen haben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Auf die kommt es an!)

„Meseberg“ war in Bali ein Begriff. Das ist ein Erfolg dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

Es ist klar, dass Wünsche offengeblieben sind und diese Ziele weiterverfolgt werden müssen. Sicher ist, dass die Bundesregierung dabei die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat. Wir wollen belastbare Vereinbarungen, in denen sich die Industriestaaten tatsächlich dazu verpflichten, ihre Treibhausgasemissionen um 25 bis 40 Prozent zu reduzieren. Wir wollen die Weiterentwicklung des **Emissionszertifikatehandels** zu einem globalen Kohlenstoffdioxidmarkt unter Einbeziehung des Flugverkehrs und des Schiffsverkehrs.

- (B)

Wir halten zudem die von Angela Merkel formulierte Zielvorstellung für richtig: Grundlage für einen globalen, gerechten und effizienten Klimaschutz soll sein, dass langfristig jeder Mensch auf der Welt die gleiche Menge CO<sub>2</sub> ausstoßen darf. Dafür kämpfen wir. In diesen Fragen unterstützen wir die Bundesregierung.

Ich hoffe, dass diejenigen Staaten, die den Klimaschutz in Bali zu einer Fußnote degradieren wollten, am Ende sagen: Hätten wir nur einmal das Kleingedruckte gelesen!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich zunächst einen Dank an die Oppositionsparteien aussprechen, dass die meisten der Rednerinnen und Redner in ihren Beiträgen differenziert haben. Zumindest wurde zwischen dem außenpolitischen und dem innenpolitischen Teil des Klimaschutz

zes differenziert. Bei Letzterem gehört es natürlich zum Pflichtprogramm, den kritischen Teil stärker zu betonen als die Punkte, in denen man übereinstimmt. (C)

Ich möchte aber als letzter Redner in der Debatte und als Redner der Koalition auf ein paar der Argumente eingehen, die vonseiten der Opposition vorgetragen wurden.

Zunächst zum Beitrag des Kollegen Fell. Der Kollege Fell ist sicherlich einer der versiertesten Fachleute. Allerdings hat man ihm heute angemerkt, dass er sich mit dem, was er sich aufgeschrieben hat, einen Kampfauftrag gegeben hat, den er dann auch so ausgeführt hat, unabhängig von dem, was der Bundesumweltminister gesagt hat. Kollege Fell hat den Bundesumweltminister zu zwei Dingen aufgefordert: Erstens solle er sagen, dass wir auf erneuerbare Energien umsteigen wollen. Zweitens solle er sich für eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der EU um 30 Prozent einsetzen. Allerdings, Herr Kollege Fell, hat der Bundesumweltminister genau das in seiner Rede getan.

(Zuruf des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das wussten Sie freilich nicht, als Sie Ihre Rede geschrieben haben. Aber Sie hätten hier zuhören und auf das eingehen müssen, was in der Regierungserklärung gesagt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kauch hat versucht, aus dem Problem, dass es zwischen den Landwirtschaftspolitikern und den Umweltpolitikern der FDP zwei völlig konträre Positionen im Hinblick auf die Biomasse gibt, einen Angriff auf die Große Koalition zu machen. Herr Kauch, ich gebe Ihnen recht, dass auch mit einer Quote die Gefahr eines Staubsaugereffekts besteht und wir dem nur dadurch begegnen können, dass der Anbau von Biomasse zur Gewinnung von Biokraftstoffen immer nachhaltiger erfolgt, dass wir beginnen müssen, daran zu arbeiten, und dass wir dabei immer punktgenauer werden müssen. Im Umkehrschluss müssen Sie mir doch aber recht geben, dass eine völlige **Steuerbefreiung bei Biokraftstoffen**, wie sie heute gefordert wurde, genau den gleichen Staubsaugereffekt hat. (D)

(Michael Kauch [FDP]: Aber nur bis 2009!)

Denn wenn Biokraftstoff in Ländern, in denen dazu der Regenwald gerodet wird, für 55 Cent pro Liter hergestellt und nach Deutschland gebracht werden kann, wo der Konkurrenzsprit 1,30 Euro kostet, dann glauben Sie doch nicht wirklich, dass darauf verzichtet wird, nur weil es auf einmal eine Steuerbefreiung statt einer Quote gibt. Man muss diesbezüglich ein stringentes System anbieten.

Der Kollege Meierhofer hat das Problem des **Palmöleinsatzes in Kraftwerken** dargestellt. Als Erstes muss man dazu festhalten, dass nur 10 Prozent der Palmölimporte in die Europäische Union energetisch genutzt werden. 90 Prozent werden in anderen Bereichen wie der Kosmetik- und Lebensmittelindustrie genutzt.

Ulrich Kelber

- (A) Erlauben Sie mir eine Belehrung, Herr Kollege Meierhofer. Man soll eigentlich auf Belehrungen verzichten, aber diese ist notwendig. Wenn wir heute über die Entwürfe des Klimaschutzprogrammes debattieren, dann müssen Sie die Entwürfe auch lesen. Im Gesetzentwurf zur Novellierung des EEG ist vorgesehen, dass die Palmölnutzung in Kraftwerken in Zukunft nicht mehr vergütet wird, bis es zu einer klaren Regelung kommt. Das hätten Sie lesen müssen, bevor Sie den Umweltminister angreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Frau Kollegin Höhn, Sie haben zwei Beispiele – Bonn und Krefeld – genannt und sind auf das Thema Auto eingegangen. Zunächst zu Bonn; das ist wirklich eine spannende Debatte. Man muss zwar mit dem, was man aus Aufsichtsratssitzungen erzählt, vorsichtig sein – sie sind nämlich nicht öffentlich –, aber Folgendes darf ich sicherlich berichten: Der Aufsichtsrat in Bonn hat beschlossen, den Bau eines **Steinkohlekondensationskraftwerks** gemeinsam mit anderen in der Trianel-Gruppe zu prüfen. Dieser Beschluss ist einstimmig – inklusive des Vertreters der Partei Bündnis 90/Die Grünen in diesem Aufsichtsrat – gefasst worden. Diese Prüfung hat ergeben, dass ein Kondensationskraftwerk nicht nur nicht in unser ökologisches Portfolio passt – obwohl wir damit Braunkohlestrom von RWE ablösen wollen, den wir gegenwärtig ohne eigene Erzeugungskapazitäten beziehen müssen –, sondern unserer Ansicht nach auch nicht wirtschaftlich betreibbar ist, weil damit ein Effizienzgrad von höchstens 44 oder 45 Prozent erreicht wird.

- (B) In Krefeld soll ein **Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerk** mit einem Wirkungsgrad von über 90 Prozent gebaut werden, das zum Teil Ölfeuerungen in einer Chemieanlage durch Auskopplung von Wärme ablöst.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Kelber, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höhn?

**Ulrich Kelber (SPD):**

Immer.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Bitte.

**Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Kelber, ich war selber in Krefeld und kenne die Daten sehr gut. Können Sie bestätigen, dass Ihre Aussage, das in Krefeld geplante Kohlekraftwerk werde einen Wirkungsgrad von über 90 Prozent erreichen, falsch ist? Ich bitte Sie, zu begründen, wie Sie darauf kommen. Diese Aussage ist nach den Unterlagen, die allen vorliegen, eindeutig falsch.

**Ulrich Kelber (SPD):**

Sie müssen zwei Punkte unterscheiden. Das sind erstens die Versuche, die es gibt, und das, wofür sich die SPD eingesetzt hat.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Wir haben gesagt: Es soll gebaut werden, wenn ein hocheffizientes Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerk mit der Auskopplung von zum Beispiel 400 Megawatt für die Chemieanlage entsteht, die heute die Wärmeerzeugung mit einer Ölfeuerung erreicht, und wenn der Strom zur Eigenerzeugung im Bereich der Stadtwerke Krefeld ebenfalls den Grundlaststrom von RWE ersetzt, der aus den aus den 50er-Jahren stammenden Braunkohlekraftwerken aus Frimmersdorf stammt. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz – wir können gerne Vergleiche anstellen, Frau Höhn – ist frappierend gut.

Zweitens. Sie haben festgestellt, die Sozialdemokraten im Europaparlament hätten sich dafür eingesetzt, dass der Zeitpunkt, zu dem die **Hersteller von Automobilen** den Grenzwert von 120 Gramm CO<sub>2</sub> je Kilometer einhalten müssen, von 2012 auf 2015 verschoben wird. Ich gehe davon aus, dass man im deutschen Parlament nicht wissentlich die Unwahrheit sagt. Von daher haben Sie wahrscheinlich nicht alle Informationen bekommen. Bei den Einzelpunktabstimmungen hat die SPE gegen die Verschiebung gestimmt. Ich zitiere den Sprecher der SPE, den deutschen Abgeordneten Matthias Groote:

Das Startdatum zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen muss 2012 sein, und nicht erst 2015. Die Automobilindustrie weiß schon seit 1995, dass sie ihre Kohlendioxidemissionen senken muss. 12 Jahre Vorlaufzeit sind mehr als genug.

Das Zitat stammt vom 11. Januar 2008. Ich lasse es Ihnen gerne gleich zukommen, damit Sie Ihre Aussage in diesem Punkt revidieren können.

(D)

Ich glaube, wir sind – auch mit dem Nationalen Klimaschutzprogramm – auf einem guten Weg. Wir werden nach dem im Mai vorgelegten zweiten Teil irgendwann noch einen dritten Teil vorlegen müssen; denn wir müssen zeigen, dass wir die 40-Prozent-Vorgabe erfüllen. Ich glaube, die Große Koalition wäre gut beraten, wenn sie die dafür notwendigen Positionen noch vor dem nächsten Wahltermin gemeinsam erstellt, statt bis nach 2009 zu warten.

Ich finde es absolut richtig, das Thema **Umweltgerechtigkeit** verstärkt in diese Debatte einzubringen, wie es vor allem die Rednerinnen und Redner aus dem Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch der Umweltminister getan haben, statt bis nach 2009 zu warten. Das gilt sowohl für die Frage der internationalen Gerechtigkeit als auch der sozialen Gerechtigkeit im eigenen Land; denn es sind nicht nur die Ärmsten der Armen in Afrika oder anderen Regionen der Welt betroffen. Im Übrigen haben diese Ärmsten nie etwas zum Klimawandel beigetragen. Deren Lebenswandel entsprechend hätten sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf eine Größenordnung beschränkt, die noch Jahrtausende hätte beibehalten werden können. Daraus entspringt die Pflicht, dass diejenigen, die den Klimawandel verursacht haben, denen, die darunter leiden, obwohl sie selbst keine Schuld haben – weder wissentlich noch unwissentlich –, ausreichend helfen, statt sie in ihrer Not – es geht um das

Ulrich Kelber

- (A) Überleben dieser Menschen – sitzen zu lassen. Das ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im eigenen Land müssen wir in der Tat überprüfen, wo Menschen von bestimmten Entwicklungen besonders betroffen sind und wo die vorhandenen Fördermechanismen und gesetzlichen Regelungen noch nicht in ausreichendem Maße greifen. Ein Beispiel ist, dass unsere Fördermechanismen in erster Linie den Eigenheimbesitzern helfen. Wir müssen aber dafür sorgen, dass der Wohnungsbau, insbesondere der **soziale Wohnungsbau**, in die Programme zur Modernisierung und Wärmedämmung einbezogen wird, damit auch diese Menschen die Möglichkeit haben, ihre Heizkosten zu reduzieren. Hier verhindern bestimmte zusätzliche Regelungen Investitionen eher. Wir müssen dafür sorgen, dass Regelungen bei denjenigen, die auf staatliche Sozialtransferleistungen angewiesen sind, dem Klimaschutz nicht entgegenstehen.

Ich freue mich sehr, dass Bundesminister Tiefensee heute Morgen angekündigt hat, gemeinsam mit den Bundesländern eine Initiative zur Anpassung des Wohngelds an die gestiegenen Heizkosten zu starten. Ich finde, es ist ein Unding, dass jemandem der Umzug in eine Wohnung verweigert wird, weil für diese eine höhere Kaltmiete zu zahlen ist als für die alte, obwohl die neue Wohnung wesentlich besser gedämmt ist und deswegen keine höhere Warmmiete zu zahlen ist. Hier stehen deutsche Gesetze dem Klimaschutz entgegen. Wir werden 2008 die Fördermechanismen und die Gesetze anpassen, um den sozialen Aspekt beim Klimaschutz stärker als in der Vergangenheit zu betonen. Ich glaube, das ist eine wichtige Weiterentwicklung unseres Klimaschutzprogramms.

(B)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/7763. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen der Antragsteller mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU und FDP bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/7006 und 16/7752 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 a und b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Christine Scheel, Kerstin Andreae, Britta Haßelmann, wei-

terer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (C)

**Steuerabzug bei Managerabfindungen begrenzen**

– Drucksache 16/7530 –

Überweisungsvorschlag:  
Finanzausschuss (f)  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

- b) Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE

**Begrenzung der Managervergütung fördern**

– Drucksache 16/7743 –

Überweisungsvorschlag:  
Finanzausschuss (f)  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Christine Scheel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen die Debatte über hohe Bezüge von Managern und Managerinnen – davon gibt es auch ein paar – heute nicht zum ersten Mal. Wir, die Grünen, wollen mit unserem Antrag dafür sorgen, dass den Worten auch Taten folgen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Die Grünen waren die Ersten, die in dieser Debatte einen Antrag vorgelegt haben, der sowohl aus rechtlichen als auch aus verfassungsrechtlichen Gründen sinnvoll und haltbar ist. Wir greifen mit unserem Antrag die gesellschaftliche Debatte auf. Ich hoffe, dass unser Antrag bei der Großen Koalition Zustimmung findet.

Heute berichten Zeitungen und Rundfunk darüber, dass Minister Steinbrück es durchaus richtig findet, den staatlich subventionierten Selbstbedienungsladen für Managerabfindungen zu schließen. Genau dies haben die Grünen aufgegriffen. Diesen Ansatz sollten wir hier verfolgen und zu einer klaren Entscheidung bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Klaus Uwe Benneter [SPD] – Klaus Uwe Benneter [SPD]: Guter Minister!)

Es ist völlig richtig, dass der immer größere Abstand zwischen extrem hohen Bezügen einzelner Manager und dem normalen Einkommen von Bürgern und Bürgerinnen den **sozialen Zusammenhalt** in unserer Gesellschaft bedroht. Allerdings stellt sich die Frage – wir werden uns in der heutigen Debatte auch mit dem Antrag der Linkspartei auseinandersetzen –, welche Antwort man darauf gibt. Die Antwort, die gegeben werden kann, muss natürlich auch umsetzbar sein. Das Parlament, die